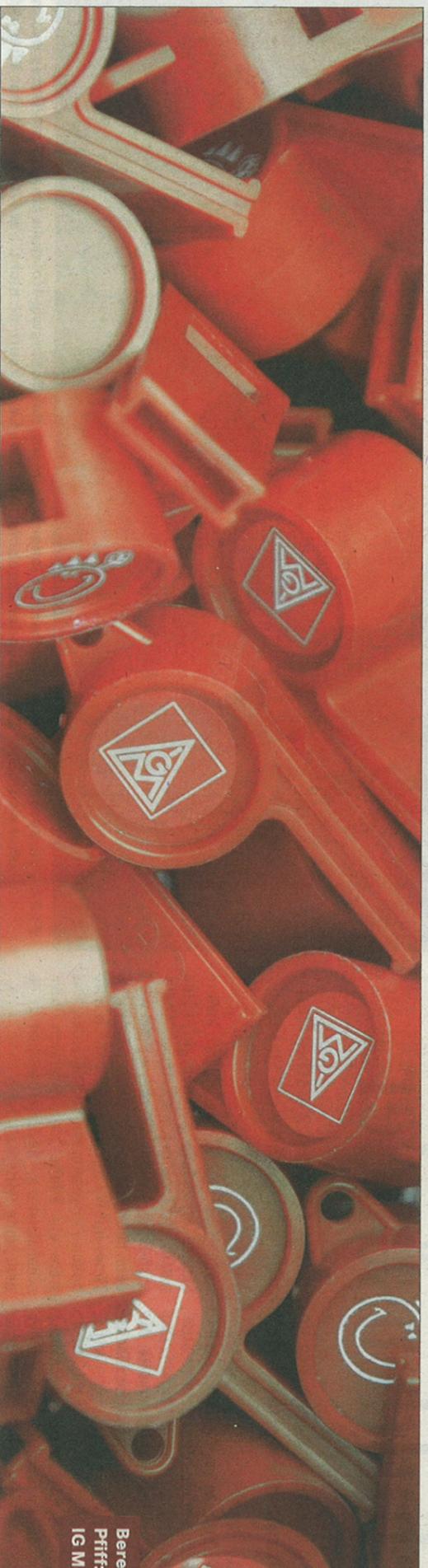


Der IG Metall reicht es. Im Herbst will die größte deutsche Einzelgewerkschaft möglichst viele ihrer 2,3 Millionen Mitglieder auf die Straße bringen – gegen Spekulanten an den Finanzmärkten, gegen die Rente mit 67 und für eine Renaissance des Sozialstaats. IG-Metall-Chef Berthold Huber stellt dabei den Kampf gegen niedrigere Löhne für Leiharbeiter ins Zentrum der Proteste.



„Ein Weiter-So darf es nicht geben“

BZ-INTERVIEW mit IG-Metall-Chef Berthold Huber über die Lehren aus der Finanzkrise, Bonuszahlungen an Banker, Niedriglöhne, Zuwanderer und den Aufschwung

Der Sozialstaat hat dafür gesorgt, dass Deutschland so gut aus der Krise kommt wie kaum ein anderes Industrieland – sagt Berthold Huber (60), der Chef der IG Metall. Am Rande eines Gewerkschaftertreffens in Mülheim sprach Ronny Gerr Büchholdt mit ihm.

BZ: Herr Huber, die deutsche Wirtschaft erholt sich so schnell von der Krise, wie es selbst Optimisten nicht erwartet haben; bald dürfen weniger als drei Millionen Menschen arbeitslos sein. Warum tut sich der IG Metall so schwer damit, sich darüber öffentlich zu freuen?

Huber: Wir freuen uns doch. Wir bleiben vorsichtig, weil die unregulierten Finanzmärkte wieder Brandbeschleuniger einer neuen Wirtschaftskrise werden können und die Konjunkturaussichten nicht sicher sind. Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich nur vordergründig positiv. Dahinter stecken Leiharbeit und befristete Beschäftigung. Dies ist kein Grund zur Freude. Die Zahl der Leiharbeiter ist innerhalb weniger Monate auf den Stand von vor der Krise zurückgekehrt, auf mehr als 800 000. Leiharbeiter verdienen bereits vor der Krise nicht das gleiche wie Stammbeschäftigte und sie waren die ersten Krisenopfer, weil sie die Betriebe verlassen mussten. Wir verlangen, dass man nicht so weitermacht. Jetzt im Aufschwung haben die Unternehmen die Chance, unbefristete Beschäftigung aufzubauen. Stattdessen bauen sie eine zweite Arbeitsmarktlinie auf mit unsicheren Arbeitsplätzen zu deutlich schlechteren Löhnen.



FOTOS: DDP/VOLKER MÜNCH (2)

BZ: Werden Sie 2012 bei der Tarifrunde in der viel größeren Metall- und Elektroindustrie die selbe Forderung stellen?

Huber: 2012 ist noch lange hin. Bis dahin verlangen wir von der Politik, dass sie per Gesetz für gleiche Löhne sorgt. Nur so wird an dieser Front Frieden einklinken.

BZ: Sie haben gemeinsam mit anderen Spitzengewerkschaftern einen heißen Herbst angekündigt ...

Huber: Von einem heißen Herbst habe ich nie gesprochen.

BZ: Aber von Protestaktionen.

Huber: Das stimmt.

BZ: Abgesehen von der Leiharbeit – warum sollten Ihre Mitglieder außerhalb von Streikzeiten auf die Straße gehen?

Huber: Weil viele Leute so tun, als ob ein Weiter-So nach der Krise angebracht wäre. Ein Weiter-So darf es aber nicht geben. Wir brauchen eine entschiedene Regulierung der Finanzmärkte und ein Ende des unheimlichen Spekulierens. Zudem muss die Ausbildung junger Menschen in den Vordergrund rücken. Leiharbeit und Niedriglohn sind jung. Fast ein Drittel aller Leiharbeiter ist unter 30 Jahre alt. Bei unseren Protesten werden wir für Equal Pay kämpfen und dafür, dass die Rente mit 67 nicht eingeführt wird. So wie sie sich heute darstellt, ist sie nichts anderes als eine Rentenkürzung. Das akzeptieren wir nicht.

BZ: Sie haben vorgeschlagen, die Finanzmarktkrise von einer Wahreitskommis-

sion aufklären zu lassen. Was soll sie herausfinden und wen befragen?

Huber: Ein unabhängiges Gremium soll die Ursachen ergründen, warum der Neoliberalismus ungehindert so lange das Wort führen konnten – mit dem bekannten Ergebnis der großen Krise seit Jahrzehnten. Die Menschen haben ein Recht darauf, die Ursachen und Verantwortlichen zu erfahren.

BZ: Wer sollte denn von der Kommission als erster vorgeladen werden?

Huber: Die Banker, die die Spekulation

angeheizt haben, die Leerverkäufe gemacht haben, die Risiken in Zweckgesellschaften ausgelagert haben – von den Landesbanken bis zu den Privatbanken. Sie sollen Auskunft geben. Es geht nicht um eine Verteilung. Aber die Menschen erwarten eine Erklärung dafür, wie es soweit kommen konnte, dass die

Wirtschaft so stark eingebrochen ist wie noch nie in der Nachkriegszeit und dass Hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr geteilen. Warum hat der Staat den Finanzmarkt nicht reguliert? Jetzt, wo der Aufschwung mit staatlichen Rettungsprogrammen erfolgreich gestoppt wurde, gibt es genügend Zeit, die Krise anzuarbeiten und das hohe Lied des Sozialstaates anzustimmen. Der Sozialstaat hat die Krise bekämpft – mit der Kurzarbeit etwa. Vor der Krise ist der Sozialstaat im Überschwang der Profite verunglimpft worden. Wie es dazu kommen konnte, das muss aufgearbeitet werden.

BZ: Als Sie erfahren haben, dass bei der verstaatlichten Bank Hypo Real Estate trotz eines Milliardenverlusts 25 Millionen Euro Boni gezahlt werden – wie haben Sie darauf reagiert?

Huber: Wie jeder ansässige Mensch mit Empörung. Die Hypo Real Estate ist mit mehr als 100 Milliarden Euro staatlichen Garantien und Kapitalspritzen gerettet worden, um das gesamte Bankensystem vor dem Ruin zu bewahren und damit die

BZ: Werfen Sie dem zuständigen Finanzminister Schäuble vor, die Bonuszahlungen nicht verhindert zu haben?

Huber: Ich weiß nicht, ob der Finanzminister der einzige Verantwortliche ist, der darüber entscheidet. Ich würde aber der Regierung vor, nicht die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

BZ: Ich würde gern mit Ihnen über den Aufschwung sprechen. Welchen Anteil hat der deutsche Kapitalismus daran? Man konnte ja den Eindruck gewinnen, Arbeitgeber und Gewerkschaften hätten alle Differenzen hintangestellt, um Deutschland durch die Krise zu bringen.

Huber: Grundlegende Differenzen stehen nicht. Aber es ist richtig, dass die Mehrheit der Arbeitgeber kooperativ war. Statt wie in früheren Krisen reihenweise zu entlassen, haben sie sich offen für Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung gezeigt. Wir haben schon Ende 2008 Vorschläge gemacht, die von der Regierung aufgegriffen wurden – die Ausweitung der Kurzarbeit, die Abwrackpläne, die Investitionsprogramme. Dies hat den Verlust Hunderttausender Arbeitsplätze verhindert. Namhafte Ökonomen haben während der Krise davon gesprochen, dass wir Ende 2010 mindestens fünf Millionen Arbeitslose haben. Das ist nicht eingetreten, weil entschieden gegengesteuert wurde. Der Sozialstaat hat in einer historisch schwierigen Zeit eine große Bewährungsprobe bestanden.

BZ: Hat die Krise das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft über den Moment hinaus verändert?

Huber: Das wird sich im Aufschwung zeigen.

BZ: Der läuft ja schon eine Weile.

Huber: Schauen mer mal. Das ist zwar Bayertsch, aber stimmt auch.

BZ: Welchen Anteil haben die Hartz-Reformen und die zurückhaltende Lohnpolitik der vergangenen Jahre daran, dass die deutsche Wirtschaft so rasch aus der Krise kommt?

Huber: Wir haben überhaupt keine Lohnzurückhaltung betrieben. Wir haben in der Metall- und Elektroindustrie immer eine Tarifpolitik gemacht, die sich am Wachstum der Produktivität und an der Inflation orientiert hat. Die vielbeschwerene Lohnzurückhaltung ist nicht das Ergebnis von Tarifverhandlungen, an denen die IG Metall beteiligt war. Unsere Tarifabschlüsse sind in Europa Spitze. Das Problem der niedrigen Löhne folgt aus dem Skandal, dass es inzwischen sechs Millionen Niedriglöhner in Deutschland gibt, woran die Leiharbeit einen großen Anteil hat.

BZ: Ist der Boom am Arbeitsmarkt ohne die Hartz-Reformen erklärbar?

Huber: Natürlich. Die sogenannten Hartz-Reformen haben doch in erster Linie dafür gesorgt, dass der Staat immer mehr Löhne bezuschussen muss. Weil viele Menschen von ihren Hungerlöhnen nicht leben können, gibt der Staat für die Lohnzuschüsse Milliarden aus. Ich glaube nicht, dass sich über dauerhafte Lohnzuschüsse das System halten lässt. Das ist entwürdigend für die Empfänger und unbezahlbar für den Staat. Ich denke deshalb, dass wir dort Mindestlöhne brauchen, wo kein Tarifvertrag gültig ist.

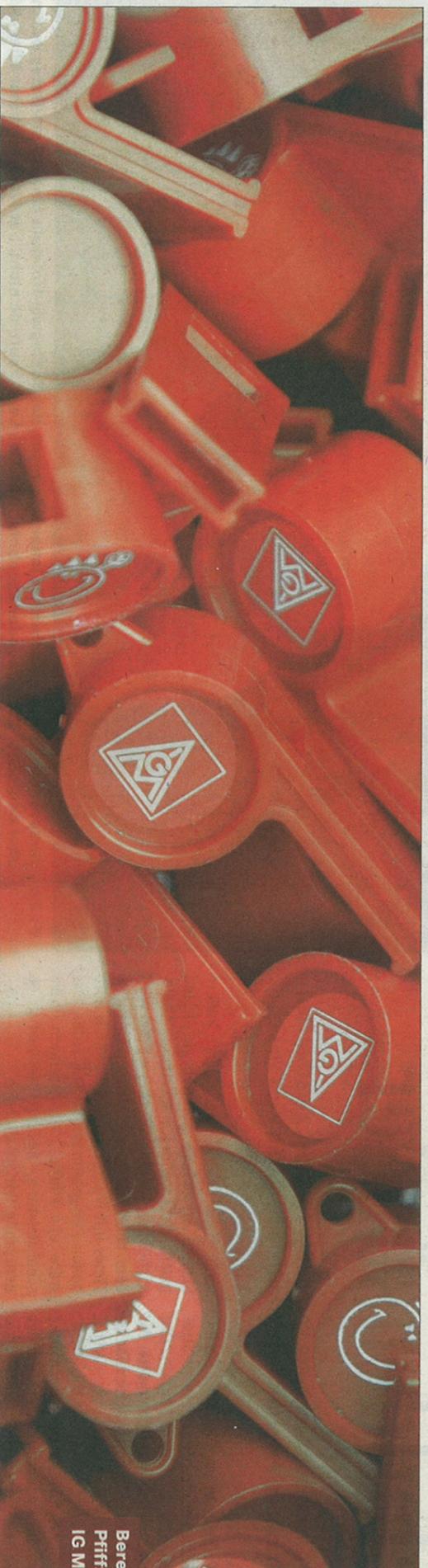
BZ: Um den Fachkräftemangel in der Metall- und Elektroindustrie zu bekämpfen – braucht Deutschland Qualifikation vor Zuwanderung, Zuwanderung vor Qualifikation oder beides gleichzeitig?

Huber: Als erstes muss man die jungen Leute richtig ausbilden. Hunderttausende stecken in Warteschleifen. Auch 2010 gibt es einen Rückgang der Ausbildungsplätze in der Metall- und Elektroindustrie, und dies, obwohl es ohne eine verstärkte Ausbildung nicht genügend Fachkräfte gibt und obwohl das die Wirtschaft spätestens seit Mitte der 90er Jahre weiß. Es ist unanständig, wenn Arbeitgeber über fehlende Fachkräfte klagen und gleichzeitig nicht genug für die Ausbildung tun.

BZ: Also ist Ihnen Qualifikation wichtiger als Zuwanderung?

Huber: Dort wo es nötig ist, sollte man Zuwanderung möglich machen. Wir sollten aber ein bisschen von unserer arroganten Haltung wegkommen, dass die ganze Welt nur darauf wartet, nach Deutschland kommen zu dürfen.

Der IG Metall reicht es. Im Herbst will die größte deutsche Einzelgewerkschaft möglichst viele ihrer 2,3 Millionen Mitglieder auf die Straße bringen – gegen Spekulanten an den Finanzmärkten, gegen die Rente mit 67 und für eine Renaissance des Sozialstaats. IG-Metall-Chef Berthold Huber stellt dabei den Kampf gegen niedrigere Löhne für Leiharbeiter ins Zentrum der Proteste.



Bereit zum Pfiff.
IG Metall

„Ein Weiter-So darf es nicht geben“

BZ-INTERVIEW mit IG-Metall-Chef Berthold Huber über die Lehren aus der Finanzkrise, Bonuszahlungen an Banker, Niedriglöhne, Zuwanderer und den Aufschwung

Der Sozialstaat hat dafür gesorgt, dass Deutschland so gut aus der Krise kommt wie kaum ein anderes Industrieland – sagt Berthold Huber (60), der Chef der IG Metall. Am Rande eines Gewerkschaftertreffens in Mülheim sprach Ronny Gerrit Bückholdt mit ihm.

BZ: Herr Huber, die deutsche Wirtschaft erholt sich so schnell von der Krise, wie es selbst Optimisten nicht erwartet haben; bald dürfen weniger als drei Millionen Menschen arbeitslos sein. Warum tut sich die IG Metall so schwer damit, sich darüber öffentlich zu freuen?

Huber: Wir freuen uns doch. Wir bleiben vorsichtig, weil die unregulierten Finanzmärkte wieder Brandbeschleuniger einer neuen Wirtschaftskrise werden können und die Konjunkturaussichten nicht sicher sind. Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich nur vordergründig positiv. Dahinter stecken Leiharbeit und befristete Beschäftigung. Dies ist kein Grund zur Freude. Die Zahl der Leiharbeiter ist innerhalb weniger Monate auf den Stand von vor der Krise zurückgekehrt, auf mehr als 800 000. Leiharbeiter verdienen bereits vor der Krise nicht das gleiche wie Stammbeschäftigte und sie waren die ersten Krisenopfer, weil sie die Betriebe verlassen mussten. Wir verlangen, dass man nicht so weitermacht. Jetzt im Aufschwung haben die Unternehmen die Chance, unbefristete Beschäftigung aufzubauen. Stattdessen bauen sie eine zweite Arbeitsmarktlinie auf mit unsicheren Arbeitsplätzen zu deutlich schlechteren Löhnen.



Herbst angekündigt ...

BZ: Studien zeigen, dass fast zwei Drittel der Leiharbeiter zuvor arbeitslos waren. Auch die Arbeitsagenturen sagen, dass sie derzeit viele Arbeitslosen an Leiharbeitsfirmen vermitteln. Ist Leiharbeit nicht besser als arbeitslosigkeits?

Huber: Diese Diskussion ist irreführend. Leiharbeit schafft nicht zusätzliche Beschäftigung, sondern verdrängt reguläre Arbeitsplätze. Das ist Missbrauch. Nachdem sie die Krise erlitten haben, haben die Menschen einen Anspruch darauf, anschließend behandelt zu werden. Leiharbeiter aber verdienen 30, 40, oder sogar 50 Prozent weniger, obwohl sie die gleiche Arbeit erledigen wie regulär Beschäftigte.

BZ: Halten Sie jene Löhne für menschenunwürdig, die Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie bekommen?

Huber: Wenn in einer Fabrik die rechte Tür eines Autos nach den Bedingungen des Metalltarifs eingebaut wird und die linke nach dem Tarif für Leiharbeiter, ist das ungerecht und das erfordert Widerstand. Ich habe noch kein Auto gesehen, wo die linke Tür schlechter funktioniert als die rechte.

BZ: Die IG Metall versucht derzeit in der Stahlindustrie, die gleiche Entlohnung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten erstmals in einen Tarifvertrag zu schreiben. Wie bewerten Sie die Chance, dass Ihnen das gelingt?

Huber: Wir haben in der Stahlindustrie schon heute mit etwa zehn Unternehmen Vereinbarungen getroffen, die die Situation für die Leiharbeiter verbessert. Das reicht uns nicht. Deshalb haben wir die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit in die Tarifverhandlungen eingebracht. Wir hätten das nicht getan, wenn wir nicht der Ansicht wären, dass diese Forderung durchsetzbar ist.

BZ: Werden Sie 2012 bei der Tarifrunde in der viel größeren Metall- und Elektroindustrie die selbe Forderung stellen?

Huber: 2012 ist noch lange hin. Bis dahin verlangen wir von der Politik, dass sie per Gesetz für gleiche Löhne sorgt. Nur so wird an dieser Front Frieden einkernen.

BZ: Sie haben gemeinsam mit anderen Spitzengewerkschaftlern einen heißen

Wirtschaft insgesamt. Ich betone, dass die Rettung der Banken richtig war. Aber es war ein Fehler anzunehmen, dass denen, die die Banken gerettet haben, Gengüttigung widerfährt. Die Verantwortlichen in den Banken nehmen billigend in Kauf, dass sich die Staaten für die Rettung der Banken hochgradig verschuldet haben. Andererseits reicht der Anstand dieser Leute nicht aus, trotz Milliardenverlusten auf Boni zu verzichten. Es ist offenkundig, dass moralische Appelle nichts bringen. Der Staat muss deshalb eingreifen.

BZ: Wer sollte denn von der Kommission darauf, die Ursachen und Verantwortlichen zu erfahren.

BZ: Wer sollte denn von der Kommission als erster vorgeladen werden?

Huber: Die Banker, die die Spekulation



FOTOS: DDP/VOLKER MÜNCH (2)

Berthold Huber

angeheizt haben, die Leerverkäufe gemacht haben, die Risiken in Zweckgesellschaften ausgelagert haben – von den Landesbanken bis zu den Privatbanken. Sie sollen Auskunft geben. Es geht nicht um eine Verteilung. Aber die Menschen erwarten eine Erklärung dafür, wie es soweit kommen konnte, dass die

Wirtschaft so stark eingebrochen ist wie noch nie in der Nachkriegszeit und dass Hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr geteilen. Warum hat der Staat den Finanzmarkt nicht reguliert? Jetzt, wo der Aufschwung mit staatlichen Rettungsprogrammen erfolgreich gestoppt wurde, gibt es genügend Zeit, die Krise anzuarbeiten und das hohe Lied des Sozialstaates anzustimmen. Der Sozialstaat hat die Krise bekämpft – mit der Kurzarbeit etwa.

Vor der Krise ist der Sozialstaat im Überschwang der Profite verunglimpft worden. Wie es dazu kommen konnte, das muss aufgearbeitet werden.

BZ: Als Sie erfahren haben, dass bei der verstaatlichten Bank Hypo Real Estate trotz eines Milliardenverlusts 25 Millionen Euro Boni gezahlt wurden – wie haben Sie darauf reagiert?

Huber: Wie jeder ansässige Mensch mit Empörung. Die Hypo Real Estate ist mit mehr als 100 Milliarden Euro staatlichen Garantien und Kapitalspritzen gerettet worden, um das gesamte Bankensystem vor dem Ruin zu bewahren und damit die

BZ: Werfen Sie dem zuständigen Finanzminister Schäuble vor, die Bonuszahlungen nicht verhindert zu haben?

Huber: Ich weiß nicht, ob der Finanzminister der einzig Verantwortliche ist, der darüber entscheidet. Ich werfe aber der Regierung vor, nicht die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

BZ: Ich würde gern mit Ihnen über den Aufschwung sprechen. Welchen Anteil hat der deutsche Kapitalismus daran? Man konnte ja den Eindruck gewinnen, Arbeitgeber und Gewerkschaften hätten alle Differenzen hintangestellt, um Deutschland durch die Krise zu bringen.

Huber: Grundlegende Differenzen stehen nicht. Aber es ist richtig, dass die Mehrheit der Arbeitgeber kooperativ war. Statt wie in früheren Krisen reihenweise zu entlassen, haben sie sich offen für Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung gezeigt. Wir haben schon Ende 2008 Vorschläge gemacht, die von der Regierung aufgegriffen wurden – die Ausweitung der Kurzarbeit, die Abwrackprämie, die Investitionsprogramme. Dies hat den Verlust Hunderttausender Arbeitsplätze verhindert. Namhafte Ökonomen haben während der Krise davon gesprochen, dass wir Ende 2010 mindestens fünf Millionen Arbeitslose haben. Das ist nicht eingetreten, weil entschieden gegengesteuert wurde. Der Sozialstaat hat in einer historisch schwierigen Zeit eine große Bewährungsprobe bestanden.

Huber: Wir haben überhaupt keine Lohnzurückhaltung betrieben. Wir haben in der Metall- und Elektroindustrie immer eine Tarifpolitik gemacht, die sich am Wachstum der Produktivität und an der Inflation orientiert hat. Die vielbeschwerene Lohnzurückhaltung ist nicht das Ergebnis von Tarifverhandlungen, an denen die IG Metall beteiligt war. Unsere Tarifabschlüsse sind in Europa Spitze. Das Problem der niedrigen Löhne folgt aus dem Skandal, dass es inzwischen sechs Millionen Niedriglöhner in Deutschland gibt, woran die Leiharbeit einen großen Anteil hat.

BZ: Ist der Boom am Arbeitsmarkt ohne die Hartz-Reformen erklärbar?

Huber: Natürlich. Die sogenannten Hartz-Reformen haben doch in erster Linie dafür gesorgt, dass der Staat immer mehr Löhne bezuschussen muss. Weil viele Menschen von ihren Hungerlöhnen nicht leben können, gibt der Staat für die Lohnzuschüsse Milliarden aus. Ich glaube nicht, dass sich über dauerhafte Lohnzuschüsse das System halten lässt. Das ist entwürdigend für die Empfänger und unbezahlbar für den Staat. Ich denke deshalb, dass wir dort Mindestlöhne brauchen, wo kein Tarifvertrag gültig ist.

BZ: Um den Fachkräftemangel in der Metall- und Elektroindustrie zu bekämpfen – braucht Deutschland Qualifikation vor Zuwanderung, Zuwanderung vor Qualifikation oder beides gleichzeitig?

Huber: Als erstes muss man die jungen Leute richtig ausbilden. Hunderttausende stecken in Warteschleifen. Auch 2010 gibt es einen Rückgang der Ausbildungsplätze in der Metall- und Elektroindustrie, und dies, obwohl es ohne eine verstärkte Ausbildung nicht genügend Fachkräfte gibt und obwohl das die Wirtschaft spätestens seit Mitte der 90er Jahre weiß. Es ist unanständig, wenn Arbeitgeber über fehlende Fachkräfte klagen und gleichzeitig nicht genug für die Ausbildung tun.

BZ: Also ist Ihnen Qualifikation wichtiger als Zuwanderung?

Huber: Dort wo es nötig ist, sollte man Zuwanderung möglich machen. Wir sollten aber ein bisschen von unserer arroganten Haltung wegkommen, dass die ganze Welt nur darauf wartet, nach Deutschland kommen zu dürfen.